17.

Eugenik und Strafrecht.

Vortrag, gehalten am 16. November 1917 in der Mannheimer
Handelshochschule.

Von R. von Lilienthal-Heidelberg.

Der Begriff der Eugenik ist ein verhältnismäßig neuer. Geprägt wurde er im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts von Francis Galton, der darunter verstand die Lehre von jenen unter gesellschaftlichem Einflusse stehenden Bedingungen, welche die körperlichen oder geistigen Rasseeigenschaften kommenden Geschlechter verbessern oder verschlechtern.

In England und besonders in Amerika wurde diese Lehre weiter entwickelt und zwar im wesentlichen vom Standpunkt des Tierzüchters aus, der das Heil eigentlich nur in der möglichst strengen Ausscheidung der Fortpflanzungsuntüchtigen fand.

In Deutschland hat man sich von dieser Einseitigkeit ferngehalten und versteht unter Eugenik die Sorge für die möglichst große Zahl möglichst gesunder Menschen.

I.

Daß Leben und Gedeihen des Staates von der Zahl und der Kraft des Staatsvolkes abhängt, ist ein so selbstverständlicher Satz, daß er von jeher das Staatsleben beherrscht hat. Gerade bei den alten Kulturvölkern galt es als eine Pflicht jedes erwachsenen Mannes, verheiratet zu sein, und daß seine Ehe nicht unfruchtbar bleiben durfte, dafür sorgten schon die religiösen Vorstellungen, nach denen männliche Nachkommenschaft notwendig war, um den Eltern durch kultischen Dienst die Wohlfahrt ihrer Seele im Jenseits zu sichern. Kinderlosigkeit galt als ein schweres Unglück und als Grund die Ehe zu lösen. Bei den Griechen finden wir geradezu Gesetze, die das Heiraten gebieten. Bei den Römern waren die Censoren bemüht, auf Eheschließungen hinzuwirken, Unverheiratete in höherem Alter mußten eine besondere Abgabe,

das *aes uxorium*, bezahlen. Und als in dem vorletzten Jahrhundert der Republik die Bürgerzahl zu sinken anfang, drängten die Censoren gelegentlich auf Einführung eines Ehezwanges. Freilich vergeblich, erst Augustus stellte in der bekannten *Lex Papia et Julia Poppaea* eine gesetzliche Ehepflicht auf, deren Nichterfüllung wesentliche Beschränkungen des Erbrechts nach sich zog, die übrigens, wenn auch in geringerem Maße, kinderlose Eheleute trafen. Auf der anderen Seite wurden den Verheirateten und namentlich den Kinderreichen Vorzüge mancher Art im politischen und gesellschaftlichen Leben gewährt.

Auch in der neueren Zeit wurde eine besondere Bevölkerungs-politik wenigstens im Sinne des stärkeren Anwachsens der Bevölkerungszahl von Staats wegen betrieben. Als Mittel dazu galten ebenfalls erbrechtliche und politische Benachteiligungen der Hagestolze, Steuerleichterungen und andere Vorteile für Verheiratete und ganz besonders für kinderreiche Eheleute. Daneben strebte man nach Beförderung der Einwanderung und Verhinderung der Auswanderung. Auch in der Literatur wurde die Volksvermehrung geradezu zum Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Systeme.

Erst am Ende des 18. Jahrhunderts setzte ein Rückschlag ein, den wir gewöhnt sind an den Namen von Malthus zu knüpfen. Seine Lehre, daß ein ungehemmtes Anwachsen der Bevölkerung eines Landes den Nahrungsspielraum der Einzelnen in einer zuletzt unerträglichen Weise beeinträchtigt, so daß nicht ein Wachstum des Bevölkerungswohlstandes, sondern eine gefährliche Verarmung die Folge sein müsse — fand zwar manchen Widerspruch, im großen und ganzen aber überwiegenden Beifall, in der Theorie wie in der Praxis. Jedenfalls ist heute der Geburtenrückgang in allen Kulturländern ein sehr erheblicher, in einigen geradezu eine Gefahr für den Bestand des Volkes geworden. Am längsten und lautesten wird darüber in Frankreich geklagt. Und mit Recht. Schon im Jahre 1885 betrug dort die Zahl der Geburten 24,2 ‰, die der Gestorbenen 21,9 ‰, im Jahre 1907 nur noch 19,7 ‰ gegen 20 ‰ Gestorbene, also eine Bevölkerungsabnahme von 0,5 ‰. Ganz so schlimm steht es in anderen Ländern nicht, namentlich nicht in Deutschland. Wir haben auch heute noch einen erheblichen Geburtenüberschuß. Aber das darf uns nicht veranlassen, die Augen vor der heranwachsenden Gefahr zu verschließen. Denn die Geburtenabnahme ist auch bei uns eine außerordentlich starke. Im Jahre 1872 betrug die

Geburtenziffer 41,09 ‰, 1882: 38,71, 1892: 36,94, 1902: 36,19, 1912: 29,48. Wenn dennoch der Geburtenüberschuß von 10,47 ‰ in 1872 auf 12,70 ‰ in 1912 gestiegen ist, so verdanken wir das lediglich dem Rückgang der Sterbeziffern von 30,62 ‰ auf 18,16 ‰ im Jahre 1911. Aber dieser Rückgang hat bald sein natürliches Ende erreicht, während der Geburtenrückgang von Jahr zu Jahr wächst. Hinzu kommt, daß der Rückgang in den großen Städten in noch bedeutend höherem Maße gewachsen ist. In Charlottenburg betrug die Geburtenziffer 1911: 18,19 ‰, in Wilmersdorf 15,6 ‰, in Schöneberg 15,3 ‰, in den beiden letzten Orten also schon erheblich weniger als die durchschnittliche deutsche Sterbeziffer (18,16 ‰). Und was in den Großstädten geschieht, das wird für die Gesamtbevölkerung um so bedeutungsvoller, als einmal der prozentuale Anteil der Großstadtbevölkerung stetig wächst, anderseits das platte Land dem Beispiele der Großstadt bald zu folgen pflegt.

Es ist deshalb keineswegs ängstliche Schwarzseherei, wenn von vielen Seiten diese Tatsachen als eine ernste Gefahr bezeichnet werden, eine um so ernstere, als der Krieg in die Reihen unserer Bevölkerung Lücken gerissen hat, die schwer empfunden werden, nicht nur individuell von den um ihre Helden Trauernden, sondern auch von dem Bevölkerungspolitiker, der um die Zukunft des Volkes bangt.

Läßt sich nun dieser Rückgang mit gesetzlichen Mitteln bekämpfen? Ehe man die Frage beantworten kann, muß man über die Ursachen der Erscheinung Klarheit zu gewinnen suchen. Daß von einer Erschöpfung der Lebenskraft unseres Volkes keine Rede sein kann, darüber sind im Grunde alle einig. Und hätte jemand im Ernste von einer Degeneration gesprochen, so haben ihn glänzend die für alle Zeiten bewundernswerten Leistungen unseres Volkes widerlegt, das in 3 Kriegsjahren einer Welt von Feinden an der Front und zu Hause sieghaft entgegengetreten ist. Nur das trifft zu, daß eine Reihe von Krankheiten, in erster Linie Geschlechtskrankheiten die Zeugungs- und die Gebärfähigkeit sehr ungünstig beeinflussen. Wie groß der Anteil dieser Krankheiten an dem Rückgang der Geburtenzahl ist, läßt sich statistisch kaum erfassen, doch geht die übereinstimmende Meinung der Sachverständigen dahin, daß er recht erheblich erscheint. Die Hauptursache freilich muß in der Abnahme des Zeugungswillens gefunden

werden. Unmittelbar läßt sich auch das freilich zahlenmäßig nicht belegen, aber ein mittelbarer Beweis ist darin zu finden, daß in der Zahl der Geborenen überhaupt der Prozentsatz der Erst- und Zweitgeborenen ständig wächst. So betrug er in Berlin 1880 18 und 20 Proz., 1900 33 und 24 Proz. In der Zeit von 1901 bis 1910 nahm dort die Zahl der Lebendgeborenen um 18,4 Proz., die der ersten Kinder um 11,4 Proz., die der zweiten um 14,2 Proz., die der dritten um 23,1 Proz. ab. Es wäre schwer begreiflich, warum die eheliche Fruchtbarkeit gesunder Eltern plötzlich nach dem zweiten Kinde so häufig erlöschen sollte, während sich der Vorgang sehr einfach erklärt, wenn den Eltern diese Kinderzahl als hinreichend erscheint. Es bedarf auch nur eines offenen Blickes für die Vorgänge des täglichen Lebens, um jeden Zweifel daran zu verlieren, daß in dem Jahrhundert des Kindes der Wille zum Kinde sehr stark zurückgegangen ist. Die Gründe dafür sind mannigfach. Man hat sie auf seiten der Frau suchen wollen, bald in berechtigter Scheu vor der körperlichen Erschöpfung durch zu häufige, kurz aufeinander folgende Geburten, bald in der Angst vor den Schmerzen und Gefahren des Wochenbettes oder vor der Beeinträchtigung der körperlichen Schönheit oder der durch eine große Kinderschar wesentlich verringerten sozialen Bewegungsfreiheit. Das mag alles gelegentlich zutreffen, der Hauptgrund kann es nicht sein. Eine so allgemeine Erscheinung muß auch allgemeine Gründe haben, die in wirtschaftlichen Rücksichten auch leicht zu finden sind. Sie liegen übrigens zum Greifen nahe. Eine große Kinderzahl legt den Eltern Opfer auf, die regelmäßig schwer zu tragen sind, außer bei ungewöhnlich günstigen Vermögensverhältnissen. Und trotz aller Opfer würden die Kinder wohl durchzubringen, aber nicht so zu erziehen sein, wie die Eltern es für sie wünschen und wünschen müssen. Naturgemäß hoffen die Eltern für ihre Kinder einen sozialen Aufstieg, wollen sie aber unter allen Umständen vor einem sozialen Abstieg bewahren. Bei wenigen Kindern ist das möglich, bei vielen nicht mehr. Das gilt für einen sehr großen Teil des Mittelstandes, und für die reichen Klassen spielt die Erwägung eine große Rolle, daß den Nachkommen ein Vermögen verbleiben soll, das ihnen und ihren Kindern dauernd die Lebenshaltung ermöglicht, in der sie aufgewachsen sind. So wirkt die Sorge um die Gesundheit der Mutter, um die eigene Behaglichkeit und um das Wohl der Kinder zusammen, um deren Zahl in niedrige Grenzen zu bannen. Die Mittel dazu sind Ver-

hinderung der Empfängnis und künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft. Gegen das letzte, gegen die Abtreibung hat der Staat seit Jahrzehnten angekämpft. Freilich aus verschiedenen Gründen. Sehr häufig war es das Recht des Ehemannes auf Nachkommenchaft, das durch die Abtreibung als verletzt galt. In der christlichen Zeit überwog mehr und mehr der Gedanke, daß schon die Leibesfrucht eine Seele habe, die man nicht der Vernichtung weihen und sie so um ihren Anteil an der ewigen Seligkeit bringen dürfe. Geblieben ist davon, namentlich auch für das deutsche Recht, daß das Leben der Leibesfrucht geschützt werden solle. Die vielberufenen §§ 218 ff. stehen in dem Abschnitt des StGB., der von den Verbrechen und Vergehen wider das Leben handelt. Und gerade deshalb hat man die Berechtigung der Verurteilung in neuester Zeit sehr lebhaft bestritten. Richtig ist ja, daß nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechtes ein Mensch als Rechtssubjekt erst nach Beendigung der Geburt vorhanden ist. Und ebenso richtig ist es, daß man von einem menschlichen selbstständigen Leben bei der Leibesfrucht nicht reden kann, weil ihr Leben durchaus von dem Leben der Mutter getragen wird. Die alte römische Ansicht, daß die Leibesfrucht nur ein Teil des mütterlichen Leibes sei, kommt vielfach wieder zu Ehren und damit auch die Ansicht, daß der Mutter das Recht zustehe, über diesen Teil ihres Leibes zu verfügen. Ihr allein gehöre die Entscheidung, ob er zu selbständigem Leben erwachen solle oder nicht. Ein beachtenswerter Teil der Mitglieder der Frauenrechtsbewegung steht auf dem Standpunkt — auch Frauen, die sich stolz darauf berufen können, daß sie selbst der Gesellschaft eine stattliche Anzahl von Kindern geschenkt haben. Hinzu kommt der Hinweis darauf, daß die Strafgewalt der Abtreibung gegenüber nur eine sehr geringe Bedeutung habe. Das ist insofern jedenfalls richtig, als die in den letzten Jahren regelmäßig wachsende Zahl der Verurteilungen doch nur 977 im Jahre 1912 gegen 356 im Jahre 1901 betrug. Es kamen somit auf 100 000 Personen der Gesamtbevölkerung 1,5 Fälle gegen 0,63 in 1901. Dabei beteiligt waren 1318 (gegen 457) Personen, d. h. auf 100 000 der strafmündigen Zivilbevölkerung 2,8 (gegen 1,2). In diesen Zahlen sind natürlich nicht nur die schuldigen Schwangeren, sondern auch deren Helfer und Helferinnen enthalten. Wie viele ehelich, wie viele unehelich schwangere Frauen dabei beteiligt waren, läßt sich aus der Kriminalstatistik nicht entnehmen.

Seider wäre es ein ganz unberechtigter Optimismus, zu glauben, daß diese Zahlen ein Bild von der Verbreitung der Abtreibung in Deutschland geben könnten. Allein in der Berliner Universitätsklinik kommen in jedem Jahre viele Hunderte von Fehlgeburten zur Behandlung, von denen nach einer Mitteilung von Dishaufen etwa 80 Proz. krimineller Natur sind. Und in anderen Großstädten steht es ebenso. Natürlich aber erfährt der Arzt nur von einem Teile der Abtreibungen, da seine Hilfe doch nur in Anspruch genommen wird, wenn die Handlung schädliche Folgen für die Mutter gehabt hat. Jeder Jurist, der mit der gerichtlichen Behandlung von Abtreibungen zu tun hat, ist stets aufs neue erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit die zur Selbsthilfe geeigneten Instrumente bezeichnet und weitergegeben werden, auch unter Frauen, die keineswegs zu den Verbrechern gehören. In Wahrheit betrachten sich die Verurteilten auch gar nicht als Verbrecherinnen, sondern als unglückliche Opfer, häufig genug einer böswilligen Freundin, die sie zur Anzeige brachte.

Bei diesem Stande der Sache liegt nun die Frage wohl nahe: Ist nicht die Bestrafung ungerecht, wenn sie so sehr Sache des Zufalls ist, und bedarf man ihrer wirklich, wenn mindestens 99 Proz. der Fälle strafflos blieben? Daß das 1 Proz. auch noch ertragen werden könnte, ist gewiß richtig. Und ebenso ist es richtig, daß die Abtreibung, genau genommen, kein Verbrechen gegen das Leben darstellt. Dennoch wird sich die Beibehaltung dieser Fiktion empfehlen. Aus rein bevölkerungspolitischen Gründen die Abtreibung verbieten, hieße eine Pflicht der Fortpflanzung anerkennen, d. h. eine praktisch unmögliche Forderung stellen. Die Ausdehnung des Lebensschutzes auf das werdende Leben dient eben auch der Bevölkerungspolitik. Und von diesem Standpunkt aus muß die Abtreibung als eine gefährliche Handlung angesehen werden, nicht nur der unmittelbaren Folgen halber, sondern mehr vielleicht noch wegen der mittelbaren: des durch sie in vielen Fällen bewirkten Verlustes der Gebärfähigkeit überhaupt. Demgegenüber besteht auch ein Recht der Frau nicht, sobald der Staat diese Verfügung über sich selbst als gemeingefährlich erklärt. Und was nun die Wirksamkeit der Strafandrohung anlangt, so kann man sie nicht allein an der Zahl der Bestrafungen messen. Solange eine Handlung vom öffentlichen Gewissen noch als verwerflich angesehen wird, ist die Strafandrohung eine scharfe Unter-

streichung dieser Tatsache und damit in vielen Fällen gewiß ein kräftiger Beweggrund zum Unterlassen der Tat. Weiter aber liegt die Gefahr sehr nahe, daß bei völliger Beseitigung der Strafandrohung sich eine Abtreibungsindustrie entwickeln würde, die viele Frauen in ihre Netze zöge, denen von selbst der Gedanke der Abtreibung nicht gekommen wäre. Natürlich bliebe es möglich, diese Abtreiber zu bestrafen, aber das würde dann wohl auf noch größere Schwierigkeiten stoßen, als heute bei dem Kampfe gegen sie zu überwinden sind.

Man braucht die Kraft des Strafrechts nicht zu unterschätzen, darf aber ebensowenig der Höhe der Strafandrohung übermäßige Bedeutung beilegen. So einfach sind die psychologischen Vorgänge nicht, daß die Schwere der Folgen den Antrieb zum Verbrechen automatisch überwände, und darum wäre die Hoffnung ganz vergeblich, durch Verschärfung der Strafandrohung die heutigen Verhältnisse bessern zu wollen. Zudem sind langzeitige Freiheitsstrafen für das Volkswohl keineswegs gleichgültig. Zahlreiche Frauen, die im übrigen ihre Pflicht tun, gute Hausfrauen und Mütter sind, lange Zeit der Freiheit berauben, heißt jedenfalls sie für diese Zeit aus der Fortpflanzung gänzlich ausschalten und zugleich ihre Familien gefährden. Die Strafe ist eben ein zweischneidiges Schwert, das darum nur mit großer Vorsicht geschwungen werden darf.

Selbstverständlich ist es dabei, daß in einer ganzen Reihe von Fällen die Unterbrechung der Schwangerschaft statthaft bleiben muß. Für den Fall der Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Schwangeren selbst ist das grundsätzlich unbestritten. Streitig ist nur, ob auch soziale Gründe die Rechtswidrigkeit der Handlung ausschließen können. Nach geltendem Rechte ist das nicht anzunehmen. Ob eine Änderung erwünscht sei, ist zweifelhaft, da es nur schwer möglich wäre, einen Weg zu finden, auf dem sich die Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten sozialen Erwägungen feststellen ließe.

Wenn es nun heute schon als ziemlich sicher angesehen werden kann, daß ein neues Strafgesetzbuch die Bestrafung der Abtreibung beibehalten wird, so wird doch wie bisher der Einfluß auf die Geburtenhäufigkeit nicht groß sein.

In noch höherem Maße versagen die Mittel des Strafrechts gegenüber der Verhinderung der Empfängnis. Die Mittel dazu sind so zahlreich, ihre Anwendung so unüberwachbar, daß ein

Eingreifen des Staates ganz unmöglich wäre, selbst wenn man eine Pflicht der Ehegatten zur Erzeugung von Kindern aufstellen wollte. Das aber ist eben grundsätzlich unzulässig. Es handelte sich dabei um eine so schwere Beeinträchtigung der allerpersönlichsten Lebensbeziehungen, daß keine Rechtsordnung sie vornehmen könnte, die nicht den Einzelnen einfach als Sklaven gesellschaftlicher Zwecke ansähe. Im Ernste hat deshalb auch noch niemand einen solchen Vorschlag gewagt. Nur auf einem Umwege hat man sich einem solchen Ziele zu nähern gesucht. Die wirksamsten und zugleich wohl gebräuchlichsten Mittel sind die mechanischen, insbesondere die zur Umhüllung des männlichen Gliedes bestimmten. Ihren Gebrauch zu bestrafen, ist nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung unmöglich. Aber schon heute verfolgt man deren Ausstellung an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, deren Ankündigung und Anpreisung auf Grund des § 184 Z. 3 StGB., weil man sie als Gegenstände behandelt, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind. Die Anwendung empfängnisverhindernder Mittel während oder nach dem Geschlechtsverkehr sei unzüchtig, nicht wegen des verfolgten Zweckes, sondern weil und insofern der Geschlechtsverkehr, bei dem sie angewandt werden, unzüchtig sei. Daß das für den ehelichen Geschlechtsverkehr nicht zutrifft, versteht sich von selbst, aber der außereheliche Verkehr wird vom Gesetze als unzüchtig angesehen, und natürlich kann das angesochtene Mittel sowohl dem einen wie dem andern dienen. Ob diese vom Reichsgericht anerkannte Gesetzesauslegung stichhaltig sei, ist mindestens zweifelhaft. Die Wissenschaft hält sie durchgängig für unberechtigt. Von erheblicher Bedeutung könnte sie übrigens nur werden, wenn auch der Verkauf, die Anfertigung und der Gebrauch solcher Mittel verboten würde. Wahrscheinlich änderte selbst das nicht viel. Die heimliche Einfuhr vom Auslande und der heimliche Verkauf würde nicht aufhören, höchstens stiegen die Preise. Die Erreichung des Zweckes, d. h. die gänzliche Ausschaltung dieser Mittel aus dem Gebrauche beseitigte natürlich den Präventivverkehr keineswegs, sondern kleidete ihn nur in unnatürliche und gesundheitschädliche Formen. Sie hätte aber den weiteren Nachteil, daß mit diesen Mitteln zur Empfängnisverhinderung zugleich das beste Schutzmittel gegen geschlechtliche Ansteckung verschwände. Längere Zeit hindurch wurde darum ihre Anwendung von Seiten des Militär und der Marine amtlich em-

fohlen und erleichtert. Meines Wissens geschieht das jetzt nicht mehr, zweifellos zum Schaden der Volksgesundheit. Und doch ist gerade der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten der einzige Weg, auf dem durch unmittelbar gesetzliche Maßnahmen die abnehmende Fruchtbarkeit des Gesamtvolkes wirksam beeinflusst werden kann. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten leistet auch in der Beziehung viel Verdienstliches. Namentlich ist ein in ihrem Auftrage von Geheimrat Mittermaier in Gießen ausgearbeiteter Gesetzentwurf sehr beachtlich. Er verfolgt zunächst ausschließlich gesundheitliche Zwecke und gewährt deshalb jedem Kranken den Anspruch auf unentgeltliche Behandlung, mit dessen Geltendmachung dann die Pflicht verbunden wird, den ärztlichen Anordnungen Folge zu leisten. Außerdem sollen die in genügender Anzahl anzustellenden ärztlichen Beamten aufklärend auf die Bevölkerung wirken, sie sollen aber auch in Verbindung mit den staatlichen und privaten Versicherungsanstalten, sowie den Militär- und Justizbehörden dahin streben, daß möglichst alle Fälle geschlechtlicher Erkrankungen bekannt werden und zu ärztlicher Behandlung gelangen. Zu dem Zwecke soll namentlich auch eine gesundheitliche Überwachung der Prostituierten durchgeführt werden, die aber rein ärztlichen und nicht, wie jetzt, wesentlich polizeilichen Charakter trägt. Der Ungehorsam gegen die ärztlich vorgeschriebenen Verhaltensmaßregeln ferner soll nicht nur bei Dirnen, sondern bei allen Geschlechtskranken strafbar sein. Ebenso das Kurpfuschertum auf diesem Gebiete. Und schließlich wird der Geschlechtskranke, der offensichtlich einen andern der Gefahr der Ansteckung aussetzt, mit Strafe bedroht. Ob die offensichtliche Übertragung von Geschlechtskrankheiten auch heute schon strafbar ist, sollte nicht als zweifelhaft gelten. Daß die Übertragung einer Krankheit eine Gesundheitsbeschädigung darstellt, ist doch im Grunde selbstverständlich. Allerdings würde sie meistens nur auf Antrag verfolgbar sein, und deshalb ist praktisch von einer Verfolgung kaum die Rede, eine besondere gesetzliche Bestimmung darum sehr wünschenswert. Sie würde zum mindesten dazu dienen, den jetzt eben in dieser Beziehung oft geradezu ruchlos leichtsinnigen Kranken das Gewissen zu schärfen.

Alles in allem ist die Rolle, zu der gerade das Strafrecht auf diesem Gebiete eugenischer Arbeit berufen ist, keine sehr große. Strafandrohungen sind nun eben einmal kein Allheilmittel. Zwar ist die gegenteilige Meinung weit verbreitet. Mit einer Strafan-

drohung glaubt man alle möglichen Mißstände leicht beseitigen zu können. Das wäre sehr bequem, aber niemand weiß es besser als gerade der Kriminalist, daß Staatsanwalt und Strafrichter nicht den Zauberstab besitzen, mit dem man die Wunden der Gesellschaft heilen kann. Sie bekämpfen die Symptome, aber nicht die Ursachen der Krankheit — dazu gehört weit mehr. Und wenn es sich gar um eine so verwickelte Erscheinung wie den Geburtenrückgang handelt, so muß die symptomatische Behandlung völlig versagen. Soweit diese Erscheinung wirtschaftliche Ursachen hat, kann sie nur durch Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Schranken gehalten werden. Das ist ein mühsamer und langer Weg, der aber, mit Ernst verfolgt, doch dahin führen kann, die wirkliche Gefahr zu beseitigen. Handelt es sich dabei doch um natürliche Triebe, die gehemmt sind und die, von solchen Hemmungen befreit, von selbst für die Erhaltung und Mehrung der Volkszahl in kommenden Geschlechtern wirken.

II.

Mindestens ebenso wichtig wie die Hebung der Volkszahl ist die Hebung des Volkswertes. Zwei Wege stehen dafür offen: Die Tüchtigmachung der Vorhandenen durch Fürsorge für ihr leibliches und geistiges Wohl, durch Beförderung der Erziehung und Ausbildung in jeder Richtung. Daneben durch Sorge dafür, daß nur Personen geboren werden, bei denen eine Erzüchtung möglich ist. Das betrachtet die Eugenik im engeren Sinne des Wortes als ihre Aufgabe. Sie geht dabei von der zweifellos richtigen Beobachtung aus, daß stets eine Anzahl von Menschen vorhanden gewesen ist, bei denen körperliche und geistige Anpassung an die durch die Umgebung bedingten Lebensformen nicht zu erreichen war. Man kann diese Minderwertigen nicht unmittelbar beseitigen, aber man kann sie verhindern, sich fortzupflanzen, und damit einer fortschreitenden Rasseverschlechterung vorbeugen. Eine unmittelbare Steigerung des Rassewertes läßt sich freilich auf diesem Wege allein nicht erreichen. Denn dazu gehört nicht nur die Verhinderung der Fortpflanzung Minderwertiger, sondern die möglichst häufige Fortpflanzung der Hochwertigen. Das versteht sich für den Züchter ganz von selbst, er begnügt sich deshalb auch nicht damit, minderwertige Exemplare seiner Zucht von der Fortpflanzung auszuschließen, sondern bringt die hochwertigen Männchen mit möglichst vielen hochwertigen Weibchen zur Paar-

rung, um aus deren Nachkommenschaft wieder die Tüchtigsten zur Zucht zu verwenden. Aber der Staat ist nun einmal kein Gestrüt — das geben wohl auch die begeistertsten Eugeniker zu, vielleicht nicht ohne heimliches Bedauern. Nun wäre Hinderung der Rassenverschlechterung schon ein sehr wertvoller Gewinn, denn rechnungsmäßig wenigstens müßte ja die Verschlechterung von Generation zu Generation in geometrischer Progression fortschreiten. Fraglich ist nur, ob sich auch dieses bescheidenere Ziel erreichen läßt? Gewiß nicht ohne eine Verringerung der absoluten Geburtenzahlen. Aber das wäre kein wirklicher Gegengrund. Die Vermehrung der Bevölkerung durch Minderwertige ist doch ein sehr zweifelhafter Gewinn, und vielleicht würden sogar die übrigbleibenden Vollwertigen einen stärkeren Fortpflanzungswillen betätigen.

Wie soll sich nun der Staat diesen Bestrebungen gegenüber verhalten? Er kann sie von sich aus aufnehmen, er kann sie dulden, er kann sie bekämpfen. Das hängt ganz von dem Urteil über die Richtigkeit der angewandten Grundanschauung und über die Zulässigkeit der in Bewegung zu setzenden Mittel ab.

Um ein Bild davon zu gewinnen, was der Staat von sich aus tun könnte, ist es nicht uninteressant, zu sehen, was an anderen Orten schon geschehen ist.

Eine ziemlich entwickelte Gesetzgebungsarbeit ist in Nordamerika geleistet. Über sie liegen mehrfach Berichte vor, der ausführlichste in einem Buche von Géza von Hoffmann: Die Rassenhygiene in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. 1913.

Der Bund selbst hat sich bis jetzt nur gegen die Einwanderung Minderwertiger geschützt. Als Einwanderer werden nicht zugelassen: Idioten, Imbezille, Schwachsinnige, Epileptiker, Geistesranke, überhaupt Personen mit geistigen Mängeln, die die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigen. Ferner Schwindluchtige, Personen mit gefährlichen ansteckenden und ekelerregenden Krankheiten, durch Krankheit in der Erwerbsfähigkeit Beeinträchtigte, Verbrecher, Dirnen, Zuhälter, Anarchisten und revolutionäre Sozialisten, Mittellose und noch eine ganze Reihe von anderen Personen, deren Konkurrenz die einheimische Arbeit schädigen könnte. Viel weiter sind Einzelstaaten gegangen: Indiana 1907, Kalifornien 1907, Connecticut 1909, Washington 1909, Iowa 1911, Nevada 1911, New Jersey 1911, New York

1912, Kanjas 1913, Michigan 1913, Nord-Dakota 1913, Oregon 1913.

Alle diese Staaten haben Gesetze erlassen, nach denen geistig Minderwertige und Gewohnheitsverbrecher unfruchtbar gemacht werden können, um ihre Fortpflanzung zu hindern. Außerdem haben noch eine erhebliche größere Zahl von Staaten Ehegesetze erlassen, nach denen körperliche, geistige und sittliche Mängel (Geisteskrankheiten, Schwachsin, Imbezillität, Idiotie, Epilepsie, Geschlechtskrankheiten, Lungenemphysem, ansteckende Krankheiten, Alkoholismus, gewohnheitsmäßiges Verbrechen) die Eheschließung unzulässig machen. Die Heiratslustigen müssen Gesundheitszeugnisse beibringen, ohne die die Ehe nicht abgeschlossen werden kann. Außerdem ist in einer großen Reihe von Staaten die Ehe und der Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Negern verboten und strafbar.

Für uns würden Einwanderungsgesetze und Verbote der Rassenmischung aus tatsächlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Wohl dagegen Eheverbote und Unfruchtbarmachung. Was Eheverbote anlangt, so wird ohne weiteres zuzugeben sein, daß für jeden Eheschließenden und jeden für ihn Verantwortlichen die Gesundheit des Ehepartners ein sehr wichtiger Umstand ist oder mindestens sein sollte. Aber damit ist die Frage noch nicht entschieden, ob sich auch ein staatliches Eingreifen empfiehlt. Zunächst kann auch die Ehe zwischen kranken Personen ein durchaus sittlicher Vorgang sein. Die Ehe ist nicht ausschließlich der Nachkommenschaft halber da, das Zusammenleben, die geistige Gemeinschaft hat einen selbständigen Persönlichkeitswert, den auch der Staat achten muß. Noch wichtiger ist freilich, daß Eheverbote zwar die Ehe, aber nicht die Fortpflanzung hindern können, daß sie deshalb in volkshygienischer Beziehung keineswegs einwandfrei sind. Sie sind auch für deutsche Verhältnisse durchaus nichts Neues. Wir haben sie lange Zeit hindurch gehabt, ohne besonders gute Erfahrungen damit zu machen. Allerdings beruhten die Verbote meist auf wirtschaftlichen und nicht auf hygienischen Rücksichten. Sie haben wirtschaftlich schädlich gewirkt, ob sie hygienisch nützlicher sein würden ist doch so fraglich, daß ein Versuch mit ihnen kaum empfehlenswert scheint.

Neu dagegen ist der Gedanke der Unfruchtbarmachung. Ganz neu freilich auch nicht. Wir haben die Entmannung, wie andere verstümmelnde Strafen, jahrhundertlang angewendet. Wir sind

stolz darauf gewesen, dieser Barbarei entronnen zu sein — sollen wir nun wieder zu ihr zurückkehren? Die Frage würde wohl kaum aufgeworfen werden, wenn die Unfruchtbarkeit auch heute nur auf diesem Wege herbeigeführt werden könnte. Aber unsere Chirurgie hat uns mildernde Maßnahmen kennen gelehrt. Die verschiedenen in Betracht kommenden Verfahren zu schildern, ist nicht Sache des Juristen. Sie laufen alle darauf hinaus, nicht die Begattungsfähigkeit, sondern nur die Zeugungsfähigkeit aufzuheben und die für das körperliche Gesamtfinden außerordentlich wichtige innere Sekretion zu erhalten. Abgesehen von der in ihren Wirkungen nicht genügend beobachteten Röntgenbestrahlung kommt bei dem Manne besonders die sogenannte Vasektomie in Betracht. Es wird auf beiden Seiten der Samenstrang da, wo er direkt unter der Haut verläuft, durchtrennt, das eine Ende vernäht, das andere zugunsten der inneren Sekretion offen gelassen. Dieser Eingriff gilt als ein sehr leichter, der nach den Behauptungen vieler amerikanischer Ärzte, z. B. des Erfinders Sharp, in vielen Hunderten von Fällen angewendet worden ist, ohne weiteren Schaden zu stiften. Bei der Frau ist ein ähnlicher Eingriff erheblich schwerer und zugleich weniger sicher. Er gilt heute nach ärztlichem Urteil als ein noch ungelöstes Problem.

Ob nun auch diese leichtere Form der Unfruchtbarmachung staatlich angeordnet werden soll, ist nach verschiedenen Gesichtspunkten zu erwägen. Einmal kann sie als Strafe in Betracht kommen. Das ist in Amerika mehrfach vorgeschlagen bei hartnäckigen Sittlichkeitsverbrechern, so in Kalifornien, Washington u. a., wo regelmäßig über die Form der Ausführung nichts gesagt wird, so daß auch die alte Verschneidung gesetzlich nicht ausgeschlossen erscheint. Nevada verbietet diese allerdings, behandelt dafür aber auch die Maßregel als eine sichernde, gegen die Fortpflanzung gerichtete. Das hat bei Sittlichkeitsverbrechern wenig Zweck, denn sie selbst, nicht aber notwendig ihre Nachkommenschaft erscheinen gesellschaftsgefährlich. Als eine eugenische Maßregel kann sie deshalb sicher nicht bezeichnet werden, wenn auch der Gesetzgeber daran gedacht haben mag, die Opfer des Angriffes gegen eine seiner möglichen Folgen zu sichern. Im ganzen muß aber die Anwendung gegen Sittlichkeitsverbrecher als verfehlt angesehen werden, wenn man nicht zu der Entmanung zurückkehren will, die wenigstens bestimmte Sittlichkeitsverbrechen unmöglich machen würde. Ich glaube deshalb nicht, daß

wir den Amerikanern diese Bereicherung ihres Strafrechtes nachahmen sollten.

Anderes steht es natürlich mit der Ausschcheidung der Unfruchtbargemachten aus wirklich eugenischen Zwecken. Hier kommt der Verbrecher nicht als solcher, sondern nur als Rassenschädling in Betracht und steht deshalb den übrigen körperlich und geistig Minderwertigen gleich. Die Schwierigkeit besteht hier vornehmlich darin, welche Minderwertigkeit vorhanden sein muß, um die Anwendung dieser gewaltsamen Selektion zu rechtfertigen. Eine zuverlässige Antwort darauf könnte nur eine wirklich sichere Vererbungslehre geben. Aber daß wir eine solche zurzeit besäßen, davon ist ernstlich nicht die Rede. Seit vielen Jahrzehnten steht freilich die Vererbungslehre im Vordergrund biologischer Forschung. Überfülle der Arbeiten macht es für den Nichtfachmann völlig unmöglich, ein Urteil zu gewinnen. Nur das kann er erkennen, daß einstweilen alles noch im Flusse sich befindet. Nicht einmal darüber besteht Einstimmigkeit, ob erworbene Eigenschaften vererblich sind, und das wäre für die Behandlung des Verbrecher von tief einschneidender Bedeutung. Gewiß ist durch unendlich mühevollen Arbeit auf Grund der von Gregor Mendel zuerst angestellten Untersuchungen ein gewisses Bild davon gewonnen worden, wie sich die verschiedenen Eigenschaften der beiden Erzeuger, soweit sie eben vererblich sind, auf die Nachkommenschaft der ersten und der folgenden Grade übertragen, wenigstens bei Pflanzen und auch bei Tieren niederer Art. Aber nicht einmal da lassen sich für die Nachkommenschaft im einzelnen Fälle sichere Voraussagen machen, da sich niemals mit Sicherheit bestimmen läßt, ob die bei dem Vater oder bei der Mutter vorhandenen Determinanten dominierend oder rezessiv wirken, d. h. bei der Nachkommenschaft in Erscheinung treten oder nicht. Da nun die rezessiven Determinanten in den Nachkommen nicht verloren gehen, sondern latent vorhanden sind, so können sie in einer der folgenden Generationen ihrerseits dominierend werden. So können scheinbar gesunde Individuen, bei denen aber von einem der Eltern eine krankhafte Determinante latent übertragen ist, ihrerseits kranke Nachkommen haben. Andererseits könnte aber auch eine krankhafte Determinante in der nächsten Generation rezessiv bleiben. Deshalb lassen sich von dem einzelnen Menschen aus überhaupt Voraussagen für seine Nachkommenschaft mit Sicherheit nicht machen. Wir müßten dazu nicht nur seine offenbaren,

sondern auch seine latenten Eigenschaften kennen. Denkbar ist es ja, daß eine erheblich gründlichere Ausbildung der Familienforschung hier einen festen Boden legte — einstweilen lehrt sie uns nur die Eigenschaften der Ahnen in den Söhnen, Enkeln und Ur-enkeln wiederzufinden, noch nicht aber sie für die nächste Generation vorauszu sehen.

Die Folgerungen, die wir daraus für die Vererblichkeit des Verbrechens ziehen können, sind jedenfalls wenig befriedigend. Ob verbrecherische Eigenschaften, die erworben sind, überhaupt als Determinanten wirken könnten, ist mindestens sehr fraglich, nicht minder, wann das Verbrechen Ausfluß einer determinanten Anlage ist. Zudem was ist Verbrechen? Die formelle Bestimmung als strafbare Handlung genügt gewiß nicht, denn die Zahl der einmal mit den Strafgesetzen in Widerspruch Geratenen ist außerordentlich groß. Schon nach der Kriminalstatistik, wie viel größer würde sie, wenn wir die unbestraft gebliebenen Verbrecher hinzuzählen könnten. Aber wenn wir auch nur von schweren Verfehlungen reden wollen, wer möchte es wagen, sich von latenter verbrecherischer Anlage freizusprechen. Die Lehre von der Erbsünde wurzelt in einer tiefen Erkenntnis der menschlichen Natur und nicht minder die Bitte des Vater Unser: Herr, führe uns nicht in Versuchung. Bei keinem Menschen ist die körperliche, geistige und ethische Anpassungsfähigkeit unbegrenzt. Ob sie tatsächlich ausreicht, hängt von zahllosen äußeren Umständen ab, von der Umgebung, in der er aufwächst, von der Erziehung, die ihm zuteil wird, von den Versuchungen, die an ihn herantreten. Nicht nur die Anlage, auch das Milieu bedingt die ethische Entwicklung. Gute Anlagen verkümmern in schlechter Umgebung, und ein gutes Milieu vermag auch schlechte Anlagen zu bändigen. Die Untersuchungen über das Verhältnis von Milieu und Anlage haben heute eigentlich erst begonnen. Die vorbildliche Untersuchung, die Professor Gruhle an 105 Flehinger Zwangszöglingen vorgenommen, hat wenigstens das Ergebnis gehabt, daß nur bei einem geringen Prozentsatz der Untersuchten die Erziehung aussichtslos gegenüber der Anlage genannt werden mußte. Es ist mindestens heute noch eine ganz unlösbare Aufgabe, festzustellen in welchen Fällen die Anlage eine so gefährliche ist, daß ihr Träger seine Nachkommenschaft unüberwindlich belasten mußte. Gewiß sind Verbrecherkinder mehr gefährdet als andere, denn regelmäßig wachsen sie in sehr gefährlicher Umgebung auf. Der aber kann man

sie entziehen. Daß das eine wichtige staatliche Aufgabe ist, leugnet heute niemand. Sie bildet einen Ausschnitt aus dem großen Jugendproblem, das mehr und mehr als der Zentralpunkt aller kriminalpolitischen Bestrebungen erscheint. Seiner Lösung näher und näher zu kommen, dürfen wir hoffen. Es wäre ein gewaltiger Rückschritt, sich die Lösung dadurch vereinfachen zu wollen, daß man die gefährlichen Eltern aus der Fortpflanzung auszuschneiden versuchte. Wann sollte man dann die Gefährlichkeit der Eltern feststellen? Wer die Bemühungen verfolgt hat, die Forscher und Gesetzgeber unternehmen, um die Sicherung der Gesellschaft vor gefährlichen Verbrechern an feste Voraussetzungen zu knüpfen, der weiß, wie schwer das ist. Die überall wiederkehrende Voraussetzung für besondere Maßregeln sind zahlreiche Vorstrafen wegen schwerer Verbrechen. Die dauernde Unschädlichmachung durch Freiheitsentziehung könnte aber gewiß keine schwereren Voraussetzungen haben als die Unfruchtbarmachung, die deshalb zu spät kommen und nebenbei überflüssig sein würde, da die Freiheitsentziehung ja auch eine tatsächliche Ausschaltung aus der Fortpflanzung bedeutet.

Man kann demgegenüber nun nicht darauf hinweisen, daß auch die kleine Kriminalität: Bettler, Landstreicher, Dirnen usw. keine erfreuliche Nachkommenschaft in Aussicht stellt. Gerade hier haben wir Stammbäume von Verbrecherfamilien durch mehrere Generationen, zugleich mit der Berechnung, wie viel diese erfreulichen Familien dem Staat gekostet haben. Aber solche einzelne Beispiele beweisen nicht viel; wären sie auch noch viel zahlreicher, so würden sie uns immer wieder vor die große Frage stellen: mußten die Nachkommen so entarten, oder geschah das nur, weil ihnen niemand die rettende Hand gereicht hat. Das gilt auch dann, wenn Alkoholismus oder andere Vergiftungen mit im Spiele gewesen sind. Auch da kommt die Unfruchtbarmachung viel zu spät. Der trunksüchtige Landstreicher und die kranke Dirne pflegen nicht Eltern zahlreicher Nachkommen zu sein. Ihre Vater- oder Mutterchaft, soweit davon überhaupt die Rede ist, fällt in eine Zeit, in der die eugenische Indikation jedenfalls noch nicht feststand.

Ich glaube deshalb, daß vom strafrechtlichen Standpunkte aus die Unfruchtbarmachung sowohl als Strafe wie als Sicherungsmaßregel abgelehnt werden muß.

Was nun die Sterilisation von geistig und körperlich Kranken anlangt, so kommt natürlich auch für diese Frage die Unsicherheit

der Vererbungslehre in Betracht. Immerhin liegen hier doch eine große Menge von tatsächlichen Beobachtungen vor, aus denen sich der Schluß rechtfertigen läßt, daß bestimmte Krankheitsformen nicht nur vererblich sind, sondern auch regelmäßig oder wenigstens in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle dominierende Determinanten im Mendelschen Sinne abgeben. Dahin werden mit ziemlicher Sicherheit gerechnet: Epilepsie, chronische Geisteskrankheiten, Imbezillität, chronischer Alkoholismus und Morphinitismus, die schwersten degenerativen Formen von Neurasthenie und Hysterie, fortgeschrittene Stadien der Tuberkulose, schwere Formen von Morbus Basedowii und Chorea, schwere konstitutionelle Syphilis und bössartige Anämien. Ob dieses Verzeichnis vollständig oder zu reichhaltig ist, entzieht sich natürlich der Beurteilung des Nichtfachmannes. Nur so viel weiß er ja auch aus den Erfahrungen des täglichen Lebens, daß Nachkommen von Geisteskranken, Tuberkulösen, Quetkern und Trinkern körperlich und geistig schwer gefährdet sind. Sollen nun Träger dieser Krankheiten zwangsweise von der Fortpflanzung ausgeschaltet werden? Das scheint mir gleichwohl sehr bedenklich. Entweder nimmt man es ernst mit der Bekämpfung der Rasseverschlechterung, dann wird man alle Personen unfruchtbar machen müssen, deren Fortpflanzung gefährlich erscheint. Zu beginnen wäre deshalb mit allen Nachkommen von Geisteskranken, auch den anscheinend Gesunden, denn auch in ihnen liegt eine latente Determinante, die sich bei der Nachkommenschaft als dominierend herausstellen kann. Sie kann freilich auch rezessiv bleiben, würde aber auch dann für die nächste Generation eine Gefahr bedeuten. Daß davon keine Rede sein darf, scheint mir ganz selbstverständlich, ich weiß aber nicht, wie überzeugte und tatenlustige Eugeniker darüber denken würden. Beschränkt man sich nur auf die schwersten Fälle, so ist damit sehr wenig erreicht. Und selbst bei dieser Beschränkung würde man davor nicht sicher sein, erheblichen Schaden stiften zu können. Auch Epileptiker sollen unfruchtbar gemacht werden. Aber gibt es nicht viele Epileptiker, deren geistige Leistungen so bedeutend sind, daß sie für das Kulturleben außerordentlich wertvoll erscheinen. Ebenso steht es mit den Tuberkulösen, vielleicht auch mit den Alkoholikern. Der Vater Beethovens war ein schwerer Alkoholiker, ist sein Sohn wirklich ein Glück der Menschheit gewesen? Man hat freilich von medizinischer Seite den Einwand, daß manche geniale Leistung auf diese Weise der Menschheit ver-

loren gehen könne, als Gipfel der Lächerlichkeit bezeichnet. Ich trage dennoch kein Bedenken, ihn für sehr beachtenswert zu halten.

Wenn nun der Staat die Unfruchtbarmachung nicht anordnen will, soll er sie geschehen lassen oder sie verbieten und bestrafen. Daß letzteres geschehen muß, wenn sie gegen den Willen des Beteiligten vorgenommen wird, ist zweifellos. Aber wie, wenn er damit einverstanden ist? Juristisch formuliert: Liegt hier einer der Fälle vor, in denen die Einwilligung eine sonst strafbare Handlung als nicht rechtswidrig erscheinen läßt? Denn die Unfruchtbarmachung an sich fällt als eine absichtliche schwere Körperverletzung unter den § 225 StGB., der dafür eine Zuchthausstrafe von 2—10 Jahren androht, ohne mildernde Umstände zuzulassen.

Die Frage nach der Bedeutung der Einwilligung des Verletzten im Strafrecht ist keineswegs einfach zu beantworten. Das Gesetz schweigt sich fast vollständig über sie aus. Nur bei der Tötung finden wir die Vorschrift, in § 216 StGB., daß mit Gefängnis nicht unter 3 Jahren bestraft wird, wer einen andern auf dessen ernstliches und ausdrückliches Verlangen hin getötet hat. Aber die grundsätzliche Bedeutung dieser Vorschrift ist recht unsicher. Stellt sie eine Ausnahme dar von der Regel der weit härteren Bestrafung der vorsätzlichen und mit Überlegung ausgeführten Tötung — des Mordes, oder eine Ausnahme von einer allgemeinen, aber nicht ausdrücklich gesetzten Regel der Straflosigkeit der Verletzung des Einwilligenden? Daß eine solche ungeschriebene Regel bestehe, wird namentlich von Nichtjuristen häufig als selbstverständlich angesehen. Die Selbstverletzung ist mit wenigen Ausnahmen straflos. Daraus folgt aber nicht, daß man ein Recht über sich selbst anerkennen müsse, das nun auch anderen zur Ausübung übertragen werden könne. Als Rechtsgeschäft würde eine solche Übertragung nach bürgerlichem Rechte nichtig sein. Daß sie strafrechtlich nicht ohne weiteres die Rechtswidrigkeit der Vornahme ausschließt, ergibt sich daraus, daß alle Rechtsverletzungen im Strafrecht nicht eigentlich deshalb bestraft werden, weil sie einzelne Personen schädigen, sondern weil sie als gesellschaftsgefährliche Handlungen betrachtet werden. Wäre es anders, so müßte der Wille des Verletzten Voraussetzung der Strafverfolgung sein, das ist er in Wirklichkeit aber nur in wenigen Fällen, praktisch eigentlich nur da, wo der Vorgang als solcher für die Allgemeinheit untergeordnete Bedeutung hat.

Zudem kann ernstlich von einem Rechte über sich selbst nicht gesprochen werden. Nicht einmal die Selbstverletzung ist straflos, wo sie gegen eine Rechtspflicht verstößt, z. B. die Leistung des Wehrdienstes unmöglich machen soll. Daß der Gebrauch oder Mißbrauch des eigenen Körpers nicht straflos ist, beweist der Tatbestand einiger Sittlichkeitsdelikte. Und selbst auf Gebieten, die rechtsgeschäftliche Verfügung im allgemeinen uneingeschränkt zulassen, bleibt die Annahme einer den andern schädigenden Verfügung nicht straflos. So entgeht der Wucherer der Bestrafung keineswegs dadurch, daß ihm der in Not befindliche Schuldner die wucherlichen Vorteile selbst angeboten hat. Es kommt in jedem Falle alles darauf an, ob die Einwilligung angenommen werden durfte oder nicht. Hält der Staat die Handlung für gesellschaftsgefährlich, so ist die Einwilligung in deren Vornahme unerheblich. Ist die Handlung für das Wohl der Gesellschaft gleichgültig oder gar nützlich, so beseitigt die Einwilligung des Betroffenen die Rechtswidrigkeit, die der Vornahme gegen seinen Willen anhaften würde.

Das ist eine für die ärztliche Tätigkeit sehr wichtige Regel. Eine große Anzahl ärztlicher Handlungen erfüllen, äußerlich betrachtet, den Tatbestand der Körperverletzung. Es kann freilich zunächst wunderbar erscheinen, die Entfernung zerschmetterter Gliedmaßen oder lebensgefährlich entarteter innerer Organe als eine Gesundheitsbeschädigung bezeichnen zu sollen. Bedenkt man aber, daß jeder solcher Eingriff einer längeren Nachbehandlung bedarf, die es nicht mehr mit dem erkrankten Körperteile, sondern mit der Heilung der Operationswunde zu tun hat, so wird es klar, daß auch der Eingriff an sich gesundheitschädigende Wirkungen hatte. Daß sie ein notwendiger Durchgangspunkt für die Verhinderung einer weiter gehenden Gesundheitschädigung war, ist natürlich für die rechtliche Bewertung des Vorgangs von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Zweck rechtfertigt sie. Nur darf er nicht verfolgt werden gegen den Willen des Patienten, der das unbestrittene Recht hat, über seinen Leib und sein Leben zu verfügen, wenigstens in dem Sinne, daß er jeden Eingriff darin sich verbitten kann.

Wenden wir nun diese Grundsätze auf die künstliche Unfruchtbarmachung an, so sind dabei zwei Fälle zu unterscheiden. Geschieht sie zu Heilzwecken, so ist sie so wenig rechtswidrig wie jede andere Operation, ohne Unterschied, ob die Unfruchtbarkeit als

Nebenwirkung oder als Zweck erscheint. Eine aus anderen Gründen notwendige Entfernung der Geschlechtsdrüsen wird nicht deshalb strafbar, weil sie dauernde Unfruchtbarkeit herbeiführt. Ebenso aber würde die Unfruchtbarmachung einer Frau zulässig sein, wenn sie eine neue Schwangerschaft verhüten soll, weil diese Leben oder Gesundheit schwer gefährden müßte. Das ist zweifellos, trifft aber den Kernpunkt der Frage kaum. Einmal sind diese Fälle verhältnismäßig selten, weiter aber handelt es sich darum, ob Unfruchtbarmachung zulässig sein soll, nicht um den Patienten zu heilen, sondern um seine Fortpflanzung zu hindern, sei es aus sozialen, sei es aus eugenischen Gründen. Diese Prophylaxe liegt schon gänzlich außerhalb des ärztlichen Gebietes. Der Heilzweck schließt die Rechtswidrigkeit aus, das erkennt der Staat ohne weiteres an. Ob das für die weiter gehenden Zwecke ebenfalls gilt, ist zweifelhaft, und doch hängt davon zugleich die Bedeutung der Einwilligung ab. Sie wird in vielen Fällen leicht zu erreichen sein, wenn der Arzt vor den Gefahren entarteter Nachkommenschaft eindringlich warnt. Sie wird ihm geradezu aufgedrängt werden, wenn es erst in weiteren Kreisen bekannt ist, daß eine beim Manne leichte Operation die sicherste Verhütung unerwünschten Kinderjegens bedeutet.

Wie weit schon heute solche Eingriffe ausgeführt werden, läßt sich nicht ohne weiteres übersehen. Wie es scheint, ist in Amerika die Praxis zaghafter als die Theorie, soweit es sich um staatliche Maßnahmen handelt. Die private ärztliche Praxis dagegen ist offenbar rücksichtsloser. Sharp berichtet z. B. von etwa 300 Fällen, in denen er die Operation vorgenommen habe, weil die Patienten die Vasektomie wünschten, um den sie belästigenden Geschlechtstrieb loszuwerden. Solche Operationen als Heilbehandlungen anzusehen, ist nur schwer möglich, eugenische Zwecke werden mit ihnen gar nicht verfolgt. In der Schweiz sind an einer Reihe von Geisteskranken, mit Einwilligung ihrer Vormünder und der staatlichen Behörden, die entsprechenden Eingriffe vorgenommen worden. Ebenso an einer Reihe von Verbrechern mit deren Einwilligung. Gerade bei Geisteskranken waren die Gründe nicht immer unmittelbar eugenischer Natur. Es sollte bei einer Schwachjinnigen z. B. der übermäßige Geschlechtstrieb gedämpft und aus der bis dahin liederlichen Person eine immerhin noch leidlich brauchbare Arbeiterin gemacht werden. In anderen Fällen spielte auch die Erwägung mit, daß man den Heimats-

gemeinden die Kosten für die Aufziehung etwaiger minderwertiger Nachkommenschaft ersparen wollte. Schweizer Juristen haben die erteilte Einwilligung als Rechtfertigungsgrund angesehen. Vom Standpunkt des deutschen Rechtes aus halte ich das für bedenklich und zwar wegen der Gefahren, die damit verbunden sind. Wenn der Staat sich davor hüten soll, selbst die Grenzen eines solchen Rechtes für sich abzustechen, so kann er das auch nicht der Willkür des Einzelnen und der Gewissenhaftigkeit der Ärzte überlassen. Gewiß bin ich der Letzte, an der Gewissenhaftigkeit unseres Ärztestandes zu zweifeln, aber gerade diese Gewissenhaftigkeit wird sie nötigen, ihrer wissenschaftlichen Überzeugung gemäß zu handeln. Sie werden sich bemühen, die Einwilligung der Patienten zu erlangen, sie unbedenklich annehmen, wenn nach ihrer Meinung eine soziale oder eugenische Indikation gegeben ist, falls das genügt, ihr Verhalten als nicht rechtswidrig erscheinen zu lassen. Die einen werden vorsichtig und zurückhaltend in ihren Annahmen sein, aber auch den kühnen Propagandisten der Tat auf diesem Gebiete wird man ihre Überzeugung zugute halten müssen. Daß der Gedanke der künstlichen Selektion zu einer Schädigung der Volkshygiene führen kann, das zeigen amerikanische Beispiele, die Bekämpfung der Trunksucht für unnütz erklären, der Trinker sei ein Rasseverschlechterer, den man eben aussterben lassen oder unfruchtbar machen müsse. Aber auch bei einer vernünftigeren Anwendung bleibt das Experiment gefährlich, schon deshalb, weil es eine Reihe von Geschlechterfolgen bedürfte, um seine Wirkung prüfen zu können. Ich glaube nicht, daß es im Geiste unserer Rechtsordnung liegt, derartige gefährliche Versuche zu gestatten, und halte deshalb — übrigens in Übereinstimmung mit den meisten deutschen Juristen — die Unfruchtbarmachung des Einwilligenden außer zu unmittelbaren Heilzwecken einseitig für strafbar.

Auch eine Änderung der Gesetzgebung halte ich nicht für wahrscheinlich und auch nicht für wünschenswert. Wir müssen uns eben darin schicken, daß der Mensch nicht allmächtig ist und daß er mit den von der Natur gegebenen Bedingungen sich abfinden muß. Auch ohne den Versuch, der Natur Gewalt anzutun, kann er viel von ihr erreichen. Die Sorge dafür, daß allen Staatsgenossen die vorhandenen Bedingungen zugute kommen, daß die vorhandene Jugend körperlich und geistig gut erzogen wird, daß den Jungen wie den Alten ein gesundes Leben ermög-

licht werde, das sind eugenische Aufgaben, an deren Lösung mit aller Kraft zu arbeiten besser ist als einen Sprung ins Dunkle zu wagen. Wenn wir der Lösung näher und näher kommen, dann haben wir unsere Pflicht gegen die Zukunft erfüllt und dürfen hoffen, daß noch viele Generationen ebenso gut ihre Pflichten tun werden, wie die, die heute voll Mut und Kraft das Vaterland sieghaft verteidigt.

18.

Strafrechtliche Kriegsziele.

Vortrag, gehalten in der Juristischen Gesellschaft zu Frankfurt a. M.
am 26. November 1917

von Professor Dr. Ernst Delaquis.

Meine sehr verehrten Herren!

Strafrechtliche Kriegsziele, mit anderen Worten Forderungen, die am Abschlusse des Kampfes, in den die ganze Welt noch verwickelt ist, an unseren Strafgesetzegeber zu stellen wären, sollen uns heute abend beschäftigen. Verschiedentlich ist davon schon die Rede gewesen. Bei passender Gelegenheit hat der eine an dem, der andere an jenem Orte darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen des Krieges uns zu dieser oder jener neuen Forderung führen, daß sie das eine oder andere schon in Friedenszeiten aufgestellte Postulat besonders kräftig unterstützen¹⁾.

Eine große Reihe von Wünschen ist dabei vorgetragen worden. Und diese Kriegsziele berühren nicht nur das materielle Strafrecht, nein auch den Strafprozeß und selbst den Strafvollzug. Man denke etwa an das Problem einer mitteleuropäischen Strafrechtsvereinheitlichung, an die infolge des Krieges steigende Kriminalität der Erwachsenen und Jugendlichen und die zu deren Eindämmung geforderten vorbeugenden und sichernden Maßnahmen; man denke an die Fortbildung der Irrtumslehre durch die Bundesratsverordnung vom 18. Januar dieses Jahres, an

¹⁾ Vgl. z. B. Meyer, Kriegsgewinne für die Rechtspflege, in DZStg. 21, 45 ff.; Meyer, Strafrechtliche Friedensaufgaben, in DZStg. 22, 369 ff.